

# Diskussions-Vorschlag JHUA Haushalt am 15.02.2023

Zusammengestellt aus bisherigen Drucksachen mit einigen Ergänzungen und Kommentaren (von Christina Baumbusch)

Auskömmlichkeit der Zuweisungen in der bezirklichen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe auch künftig gewährleisten! Sicherung der umfassenden Finanzierung der OKJA, FamFö und SAE-Projekte! Finanzielle und personelle Ausstattung deutlich verbessern!

Anmerkung: SAJF (statt SAE) aufnehmen...?!

Allgemeine Beschreibung / Problematiken in Schlagworten:

- Alle beteiligten Töpfe knapp: wenig Innovation / Weiterentwicklung möglich, Standard kann nur durch „finanzielle Kreativität“ des JA Altona gehalten werden (+ durch erlaubte Verwendung der Reste und Rückflüsse)
- Viele „Sondertöpfe“ fangen Defizite auf, sind aber nicht auf Dauer angelegt und produzieren deutlichen Mehraufwand bei allen Beteiligten (siehe SIN-Mittel, Corona-Mittel, ...): Erhöhung der gesicherten, dauerhaften Finanzierung notwendig
- Stark gestiegene (Betriebs- und Honorar-) Kosten (Inflation, Energiepreise, Mindestlohn, Fachkräftemangel auch bei Honorarkräften...) versus weniger stark gestiegene Zuwendungen
- Tarifkostensteigerungen werden nicht von vornherein refinanziert
- Corona hat Belastung verschärft: Zunahme psychischer Erkrankungen, Beratungen, Einzelfallhilfen, wichtig auch: Zunahme von schulischen Unterstützungsleistungen (Nachhilfe, ...)
- „Finanzkrise“ hat Problematiken in Familien verschärft, dies ist spürbar in den Einrichtungen, zum Beispiel großes Thema: Hunger (bedeutet Zunahme Lebensmittelkosten für Einrichtungen, um Grundversorgung sicherzustellen)
- Steigende Belastung der pädagogischen Fachkräfte versus keine gesicherte, regelhafte Finanzierung von Supervision sowie nur ein geringes Fortbildungsbudget pro Jahr
- Grundsätzlich: verbesserte personelle Ausstattung der Einrichtung, keine Einstellen-/Ein Personen Einrichtungen mehr
- Gesicherte Übernahme der Kosten für die Umsetzung (gesetzlicher) Aufgaben, insbesondere des Kinder-Jugendstärkungsgesetzes: Inklusion gibt es nicht „umsonst“ (räumliche Ausstattung, personelle Ausstattung, Fachkräfteschulungen usw.)
- Thema Wachsende Stadt: keine direkte Einplanung von ausreichend Einrichtungen / sozialer Infrastruktur in neuen Quartieren

Passende Auszüge aus bisherigen Drucksachen zu diesen Thematiken:

*Drucksache 20-461 bzw. 20-4807*

Gleichwohl ist es bereits jetzt absehbar, dass bei einer „Durchschreibung“ der bisherigen Rahmenezuweisungen die hohen (gesetzlichen) Ansprüche an eine gelingende Kinder-, Jugend- und Familienarbeit durch den Bezirk nicht mehr gewährleistet werden können. Dabei muss nicht gesondert betont werden, dass auch auf die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit gem. SGB VIII ausdrücklich ein gesetzlicher Anspruch normiert ist. Aufgrund der erheblichen bisherigen und zusätzlicher noch zu erwartender Tarifkostensteigerungen und weiteren Steigerungen in den Betriebskosten, aber auch aufgrund der neu hinzugekommenen Aufgaben und Erwartungen an die jeweiligen Einrichtungen – zur Integration und Inklusion – ist zu erkennen, dass eine Erhöhung der Rahmenezuweisungen zwingend notwendig ist, um die bisherigen Einrichtungen und Angebote weiterhin zu gewährleisten. Dies gilt auch im Hinblick darauf, dass mit steigenden Bevölkerungszahlen in den Stadtteilen auch erhöhte Anforderungen an die Angebote der Jugendarbeit einhergehen.

*Drucksache 21-1400.1 bzw. 21-1525*

Hinzu kommt ein Finanzierungsbedarf für zusätzlich anfallende Miet- und Betriebskosten, die durch eine Änderung des Finanzierungsmodells eintreten. Diese Unterdeckung entsteht nicht etwa durch eine Ausweitung der Angebote im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), FamFö und SAE, obwohl eine solche Ausweitung in einer wachsenden Stadt sinnvoll wäre. Sie entsteht dadurch, dass die Tarif- und allgemeine Kostensteigerungen nicht regelmäßig und/oder in vollem Umfang in den zur Verfügung gestellten Mitteln abgebildet wurden und durch beim Bezirk anfallende Ermächtigungsüberträge aus den Vorjahren ausgeglichen werden konnten. Seit Jahren ist es nur durch die Inanspruchnahme von Resten und Rückflüssen sowie einer teilweisen Umsteuerung der Finanzierungen überhaupt möglich gewesen, die Finanzierungslücke zu schließen. Eine sich den Bedarfen jeweils anpassende und weiter entwickelnde Jugendhilfeplanung ist so indes nicht möglich. Die Bezirksversammlung Altona sieht diese Entwicklung mit großer Sorge. Jugend- und Familieneinrichtungen mit einer offenen und niedrigschwelligen Zugangsstruktur haben nicht nur in Zeiten der Corona-Pandemie und der Flüchtlingszuwanderung eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe übernommen, sie übernehmen diese Aufgabe jeden Tag für die Persönlichkeitsentwicklung, die Selbstorganisation und die Bildung junger Menschen. In den letzten Jahren stiegen Arbeitsbelastung und Arbeitsanforderungen in der pädagogischen Arbeit durch Arbeitsverdichtung, die Zuwanderung, den erhöhten Bedarf von Sozialberatungen (insbesondere infolge der SARS-Covid-19-Pandemie), die Zunahme von jungen Menschen mit psychischen Belastungen sowie durch den höheren Arbeitsaufwand in der Kooperation mit Schulen und im Sozialraum erheblich. Des Weiteren sind für die Neubaugebiete entsprechende Strukturen für die OKJA, FamFö und SAE zu schaffen. Bei der Schaffung neuer Quartiere muss stets auch die soziale Infrastruktur folgen.

### *Drucksache 21-1927*

Der Jugendhilfeausschuss Altona (JHA) hat sich in mehrfacher Sitzung mit der Feinspezifizierung der Rahmenzuweisungen für das Jahr 2022 in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), der Familienhilfe und im Bereich der Sozialräumlichen Angebotsentwicklung (SAE) beschäftigt und diese in der Aprilsitzung 2021 beschlossen. Hierbei stellt der Jugendhilfeausschuss erneut fest, dass die Höhe der Rahmenzuweisungen trotz gegenseitiger Deckungsfähigkeit prekär bleibt und eine angemessene Versorgung mit entsprechenden bezirklichen Angeboten der Jugendhilfe ausschließt. Eine dem gesetzlichen Auftrag nachkommende Jugendhilfeplanung ist dem JHA unter Ansatz der bislang beabsichtigten Mittel nicht mehr möglich. Nach einstimmiger Auffassung des Jugendhilfeausschuss Altona wird auf die in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Bedarfe der Jugendhilfe nicht mehr auskömmlich reagiert.

Bei der Bemessung der Mittelzuweisung unberücksichtigt bleiben insbesondere der deutliche Bevölkerungsanstieg in der Zielgruppe der Maßnahmen nach SGB VIII, eine starke Nachverdichtung in ohnehin bereits belasteten Quartieren und die Schaffung zahlreicher Neubaugebiete. Hier muss zwingend eine soziale Infrastruktur nachfolgen, was ohne zusätzliche Mittel nicht möglich ist.

Darüber hinaus sehen sich die bestehenden Angebote der Jugendhilfe einem deutlichen Aufgabenzuwachs ausgesetzt, welche mit der bisherigen Personalkapazität nicht mehr zu leisten sind:

- Schulkooperationen
- Netzwerkarbeit im Sozialraum
- Berichts- und Verwaltungswesen
- Geänderten und erhöhten Beratungsanforderungen
- Genderarbeit
- Arbeit mit und für jüngeren Geflüchteten
- Nachweisbar deutlich zugenommene Anzahl von psychosozialer Beratung
- Zusätzliche pandemiebedingte Belastungen

Der Jugendhilfeausschuss weist auf die hierzu bereits in der Vergangenheit erfolgte Beschlusslage hin und appelliert erneut gemäß § 27 BezVG an die Sozialbehörde und an die Finanzbehörde, die bislang im Haushalt 2022 vorgesehenen Rahmenzuweisungen im Bereich der Jugendhilfe auskömmlich zu gestalten und insoweit, um wenigstens 20 % zu erhöhen. Der vorgenannte Betrag entspricht den bis heute fortgeschriebenen Kürzungen der Rahmenzuweisungen aus 2012 sowie die bereits jetzt absehbaren Mehrkosten aufgrund der Tariferhöhungen und allgemeinen Teuerungsraten.

### *Drucksache 20-2894*

Aus allen genannten Aspekten ergibt sich die Notwendigkeit, sich für die bedarfsgerechte Erhöhung der Rahmenzuweisung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit einzusetzen:

- Es werden mehr Honorarmittel als die bisherigen Standardsätze benötigt
- [...]
- Supervision und Fortbildungen sind Voraussetzung, um fachlich im Sinne von Globalrichtlinie, Schutzkonzepten etc. arbeiten zu können. Sie müssen regelhaft und ohne zusätzlichen Aufwand finanziert werden.

- Tarifkostensteigerungen müssen bei der Zuwendung von vornherein berücksichtigt werden.

#### *Drucksache 21-1400.1 bzw. 21-1525*

Dabei sind insgesamt in Altona für die Rahmenzuweisungen in einem sehr deutlichen Umfang zusätzliche Mittel erforderlich für:

- a. die Übernahme der Tarif- und Besoldungserhöhung sowie die Überleitung in die neue Tarifstruktur
- b. die Übernahme neu auftretender und steigender Mietkosten
- c. eine Steigerung der Betriebskosten, die die Inflation der vergangenen Jahre berücksichtigt
- d. erforderliche Supervisionen für das pädagogische Fachpersonal
- e. Kostensteigerungen von Fachbedarfen u.a. für Honorarkostensteigerungen
- f. zusätzliche Mittel zur Planung neuer oder auszubauender Einrichtungen u.a. in Neubaugebieten
- g. eine auskömmliche Finanzierung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

#### *Drucksache 21-1834*

Der Jugendhilfeausschuss der Bezirksversammlung Altona (JHA) muss zum wiederholten Male die Fachbehörde, den Hamburger Senat sowie die den Senat tragenden Fraktionen dringend auf die unzureichende Ausstattung der Offenen Kinder und Jugendarbeit, der Familienförderung und der Straßensozialarbeit im Bezirk Altona und in ganz Hamburg aufmerksam machen. [...]

Seither sind die Anforderungen an dieses Aufgabenfeld extrem gestiegen und wesentlich komplizierter geworden:

- a) Die Bevölkerungszahlen in der Altersgruppe bis 18 Jahren sind deutlich angestiegen.
  - b) Neubaugebiete und eine starke Nachverdichtung belasten bestehende Einrichtungen.
  - c) Aufgabenzuwachs bei gleichem Personalschlüssel:
    - Schulkooperationen
    - Netzwerkarbeit / Sozialraumarbeit
    - Berichts- und Verwaltungswesen
    - Beratungsanforderungen
    - Genderarbeit
    - Flüchtlingsarbeit
    - Deutliche Zunahme von Fällen (teils starker) psychischer Belastungen bei Kindern, Jugendlichen, Jungerwachsenen und Alleinerziehenden
  - d) Extreme zusätzlich Belastungen durch / wegen Corona:
    - Versorgung der eigenen Mitarbeiter:innen mit Schutzmaterial
    - Herrichtung der Räumlichkeiten zur Corona tauglichen Nutzung
    - Zusätzliche Angebote im digitalen Bereich
    - Versorgung der Einrichtungen und zum Teil des Klientels mit Hardware
    - Vermehrte (mehrsprachige) Aufklärungsarbeit zu Corona
  - e) Zunahme von Wohnungsnotfällen bei Jugendlichen und Jungerwachsenen.
  - f) Ausbau der Beteiligung von Institutionen, sowie Kindern und Jugendlichen.
- [...]

Wir, der Jugendhilfeausschuss der Bezirksversammlung Altona, erwarten das die Fachbehörde, der Hamburger Senat sowie die den Senat tragenden Fraktionen diesem Umstand umgehend Rechnung tragen indem:

1. Grundsätzlich keinerlei direkten oder indirekten Kürzungen im Bereich der Offenen Kinder und Jugendarbeit, der Familienförderung und der Straßensozialarbeit vorgenommen werden.
2. Grundsätzlich alle Einrichtungen der OKJA mit mindestens zwei Vollzeit Stellen ausgestattet sind.
3. Jugendclubs, Jugendcafés, Häuser der Jugend sind mit jeweils mindestens 3,5 Vollzeitstellen auszustatten.
4. Die Straßensozialarbeit ist um vier Vollzeitstellen im Bezirk Altona aufzustocken.
5. Erziehungsberatungsstellen, Kinder- und Familienzentren sowie Elternschulen sind jeweils um mindestens eine weitere Vollzeitstelle zuzuweisen.

#### *Drucksache 21-0472.1 bzw. 21-0784.1*

Wo bleiben Freiräume für Jugendliche in Altonas neuen Wohnquartieren?

In der neuen Mitte Altona sind in den letzten 2 Jahren ca. 1.600 Wohneinheiten (WE) neu gebaut worden. Für Jugendliche und junge Erwachsene gibt es dort kein Freizeitangebot. Derzeit läuft das Bebauungsplanverfahren für das Holsten-Quartier, in dem weitere ca. 1.400 WE geplant sind. Auch hier gibt es bisher keine Planung eines Angebotes für Jugendliche und junge Erwachsene. Zwischen Holstenstraße - Harkortstraße - Max-Brauer-Allee fehlt bereits ein adäquates Freizeitangebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Jugendliche und junge Erwachsene brauchen aber Freizeiteinrichtungen, in denen sie sich treffen, bei verschiedenen Aktivitäten Spaß haben und ihre sozialen Kompetenzen stärken können. Sie brauchen Räume, die ihnen Möglichkeiten bieten, an Interessengruppen teilzunehmen, Veranstaltungen zu gestalten oder Musik zu machen und sich künstlerisch zu betätigen. Diesem fehlenden Angebot ist mit möglichen angedachten Verstärkungen von Einrichtungen außerhalb der oben genannten Gebiete oder einer möglichen zukünftigen Öffnung des Spielhauses Zeiseweg für Jugendliche nicht gerecht zu werden.